

Anregungen für den Studentensommer 72

Die nächste Leistungsschau kommt

Die nächste Leistungsschau kommt bestimmt.

Es ist erst vier Monate her, daß wir kommentierende Bemerkungen zur 7. Leistungsschau der Karl-Marx-Universität mit diesem Satz abschlossen. Mittlerweile steht der Termin für die „Achte“ fest: 5. bis 13. Mai 1972. Ihr Gewicht wird erhöht dadurch, daß im nächsten Jahr auch die IV. Zentrale Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler als Bestandteil der zentralen Messe der Meister von morgen stattfindet — und in Leipzig. Gastgeberrollen verpflichten auch.

Wir erinnern uns gern an die gesellschaftswissenschaftliche Leistungsschau in Leipzig zum 150. Geburtstag Karl Marx, als die Karl-Marx-Universität die meisten medienwürdigen Arbeiten ausstellte. Wir vergessen aber auch nicht das nach diesem Erfolg unbefriedigende Abschneiden unserer Universität bei der III. Zentralen in Rostock.

Maßstab für die Vorbereitung der Ausstellungen von 1972 ist die Forderung des VIII. Parteitag nach enger Verbindung von hohem fachlichen Kenntnissen mit fundiertem politischem Wissen. Ergebnisse dabei nachzuweisen, fördert schon Kluge, verantwortliche Themenwahl und echten wissenschaftlichen Wettstreit zwischen den Forschungszirkeln, Seminargruppen usw. Besondere Leistungen erwarten wir von den drei Jugendobjekten — zum Investitionskomplex Böhlen, zur marxistisch-leninistischen Bewusstseinsbildung und zur Rationalisierung von Erziehung und Ausbildung.

Die FDJ-Kreisleitung orientiert ihre GO-Funktionäre auf vorbereitende Sektionsleistungsschauen. Die Entscheidung darüber muß bald fallen — die FDJ-Wahlen sind Gelegenheit, auch darüber gründlich zu beraten.

Entscheidend bei der Vorbereitung der 8. Universitätsleistungsschau ist, daß aus dem Wettbewerb zur Leistungsschau neue Impulse zur Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit entspringen, daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, die Auswertung sowjetischer Ergebnisse gefördert wird, daß wir Fortschritte erzielen bei der Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend und der jungen Intelligenz in Betrieben und Schulen.

Dabei wachsen sozialistische Persönlichkeiten. Ms.

Walter Lorenz, 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung:

Das Sekretariat der FDJ-Kreisleitung schlägt vor, mit den bewährten Kadern des 14. Leipziger Studentensommers der FDJ im Oktober einen Erfahrungsaustausch durchzuführen, um die notwendigen Schlußfolgerungen für das nächste Jahr zu ziehen.

Das Hauptanliegen bleibt nach wie vor, im Studentensommer auf spezifische Weise, d. h. unter den Bedingungen einer engen Verbindung zur Arbeiterklasse, einer direkten Mitarbeit bei der Lösung volkswirtschaftlicher Probleme, zur Entwicklung sozialistischer Absoluten beizutragen. Von besonderer großer Bedeutung ist der Studentensommer für die neumatriculierten Studenten. Er trägt wesentlich zur Formierung der neugebildeten FDJ-Gruppen bei. Es werden wichtige Grundlagen für ihre Stabilität geschaffen, die künftigen FDJ-Gruppenfunktionäre können Leitungserfahrungen sammeln. Das hat der diesjährige Studentensommer eindeutig bewiesen. Deshalb steht fest, daß für das neue 1. Studienjahr im nächsten Jahr wieder ein FDJ-Studentensommer — vielleicht als vierwöchiger Einsatz — organisiert wird.

Gründlich durchdenken müssen wir auch, wie wir künftig die Funktionen für den Studentensommer noch sorgfältiger auswählen und auf ihren Einsatz vorbereiten können.

Rolf Seidler, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen beim Direktorat für Erziehung und Ausbildung:

Wir sind der Ansicht, daß der 14. Studentensommer der FDJ in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen der staatlichen Leitung, der FDJ-Kreisleitung und den Leitungen der wichtigsten Betriebe exakt ausgewertet werden muß. Ziel muß sein, die Durchführung des nächsten Studentensommers wesentlich zu verbessern. Schwerpunkte werden dabei die Einbeziehung der neumatriculierten Studenten und die Fortsetzung der Erziehungsarbeit sein.

Wir sind gegenwärtig dabei, einen Problemspiegel zu erarbeiten, der sowohl die inhaltlichen als auch die organisatorischen Fragen berücksichtigt. Ein Aspekt ist beispielsweise die Verstärkung des Kontaktes zwischen Studenten und Seminarbetreuern im Sommerlager. Das betrifft vor allem das 1. Studienjahr. Ein anderes Problem ist die Beschränkung auf Einsatzschwerpunkte und die rechtzeitige und gründliche Vorbereitung mit den Verantwortlichen.

Dietmar Höhrlein, Lothar Schubert, Objektverantwortliche in Mutschach: Auf Grund der außerordentlich guten ökonomischen und kulturellen

Ergebnisse entstand bei der staatlichen Leitung des Betriebes der Wunsch, einen Patenschaftsvertrag mit der Kreisleitung der FDJ unserer Universität abzuschließen. Zweck dieses Vertrages soll es sein, die beiderseitigen Verpflichtungen eines solchen Studenteneinsatzes langfristig vorbereiten zu können. So erhofft sich z. B. der Betrieb bei einer besseren Abstimmung mit den örtlichen Organen ein noch engeres Verhältnis zwischen Betrieb und Territorium. Auf der anderen Seite ist der Betrieb daran interessiert, den Einsatz von Arbeitskräften rechtzeitig zu planen und die Planung der Produktion entsprechend abzustimmen. Damit ergibt sich für den Betrieb die Möglichkeit, noch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Studenten zu schaffen.

Wir meinen, daß damit eine neue Qualität bei der Durchführung des 13. Studentensommers erreicht werden kann. Die Studenten sind nicht mehr nur „Lütelchenbäcker“ der ökonomischen Aufgaben, sondern sie werden organisiert zur Lösung aller Aufgaben in das Betriebskollektiv einbezogen.

Aus dem Abschlußbericht der Brigade I des 3. Durchganges, Einsatzbereich Menses:

— Diese Art des Studentensommers für die neuen Studenten weiterführen und verbessern.

— Die älteren Studenten wieder als Leiter einsetzen.

— Zusammen wohnen und arbeiten.

— Die Seminargruppenbetreuer enger hinzuziehen (vielleicht als Brigadeleiter, ältere Studenten als Stellvertreter).

— Die Brigadeleiter weiter mit der Gruppe zusammenarbeiten lassen z. B. im Parteilehrjahr, als Mentoren im Übungssystem (evtl. künftig Forschungstudenten als Seminarbetreuer einsetzen).

Rainer Warnich, Leiter der Studentenbrigade auf der Baustelle Motorenwerke Wurzen:

Es hat sich gezeigt, daß die Studenten des ersten Studienjahres der Unterstützung durch erfahrene Genossen und FDJler bedürfen. Es ist ratsam, im nächsten Jahr wiederum Forschungsstudenten und Betreuerassistenten als Brigadeleiter für das erste Studienjahr einzusetzen. Dadurch kann ein guter Vorlauf für das Studium geschaffen werden (Klarheit über Inhalt und Form des Studiums, Arbeit in Studiengruppen, Rolle des Selbststudiums, Aufgaben der FDJ, Studium des Marxismus-Leninismus usw.). Weiterhin ist darauf zu orientieren, daß nur an Objekten gearbeitet wird, wo die Seminargruppen gemeinsam arbeiten können.

Die Fragen des sozialistischen Wettbewerbes rangieren in den FDGB-Stellungnahmen der Sektionsgewerkschaftsleitungen zum Plan 1972 an erster Stelle. Im Zusammenhang mit den verschiedensten Plantellen wird immer wieder darauf Bezug genommen. Das ist ein sehr gutes Ergebnis und für uns die Bestätigung, daß sich unsere Arbeit in den letzten Jahren gelohnt hat, den sozialistischen Wettbewerb in den Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu stellen. Zum anderen sind auch einige Lehren für die UOL und die staatliche Leitung enthalten: bessere politische und wirksamere öffentliche Führung, Organisation des Erfahrungsaustausches als bewährtes Mittel des Leistungsvergleichs, stärkere Verbindung von Zielvorhaben mit der materiellen und ideellen Stimulierung.

Wichtig ist, daß wir uns dazu durchringen, mit dem Plan gleichzeitig den Wettbewerbsbeschuß zu

Wichtig für den Wettbewerb

erarbeiten. Wir müssen auch von der laufenden Neuarbeitung von Wettbewerbsbeschlüssen weglassen. Es kann sich nur um Konkretisierungen handeln, die ihre Ursache in veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen und neuen Zielvorgaben haben. Wie schon lange vorgehabt, müssen wir uns unverzüglich einen theoretischen Vorlauf für die Wettbewerbsführung schaffen. Davon hängt nicht nur die grundsätzliche Position der Gewerkschaft im sozialistischen Wettbewerb, sondern auch die Kontinuität der Arbeit ab. Herbert Warnke betonte auf der 13. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes: „Der sozialistische Wettbewerb ist das Hauptfeld... auf dem täglich und in jedem Abschnitt unseres Vorwärtsschreitens die Rolle der gewerkschaftlichen Schulen der Wirtschaftsführung und des Sozialismus zur Geltung gelangt. Er ist das Hauptfeld, auf dem der Inhalt gewerkschaftlicher Interessenvertretung als Einheit von Steigerung der Arbeitsproduktivität, planmäßiger Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und sozialistischer Überzeugung für jeden Werktätigen lebendig wird.“

(Aus der Einschätzung der Diskussion des Volkswirtschafts- und des Haushaltsplanes der Karl-Marx-Universität 1972 in der UGL-Sitzung am 31. August)



Prof. Dr. med. habil. Herbst, Direktor der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie an der Karl-Marx-Universität, nimmt mit seinem Kollektiv eine Operation an offenen Herzen vor. Lesen Sie dazu untenstehenden Beitrag.

3800 Operationen in der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie

Neue Operationsmethoden und Forschungsergebnisse fließen an der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie in die tägliche Arbeit ein

Ein Jahrzehnt besteht die Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Bis her nahm das Kollektiv an unsere Klinik 3800 Operationen unter anderem am offenen Herzen vor. Waren es 1953 bis 1961 in der damaligen Abteilung Herzchirurgie der Chirurgischen Universitätsklinik 865 Operationen mit einem Risikofaktor von 10 Prozent, so wurden seit Bestehen der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie in ebenfalls neun Jahren — 1962 bis 1970 — 3800 Operationen mit einem Risikofaktor von 6 Prozent durchgeführt, informierte Prof. Dr. med. habil. Herbst, Direktor der Klinik.

Die Zahl der Patienten, denen operative Hilfe zuteil werden konnte, stieg seit 1962 kontinuierlich. Gleichzeitig verringerte sich der Risikofaktor.

Jahr	Operation	Risikofaktor
1962	236	13 Prozent
1963	290	10 Prozent
1964	318	8 Prozent
1965	361	8 Prozent
1966	412	6 Prozent

1970 erhöhte sich bei einem Risikofaktor von 7 Prozent die Anzahl der Operationen auf 806. Dabei wandte sich das Kollektiv der Chirurgen einem neuen Gebiet, der Herzoperation an Neugeborenen, Säuglingen und Kleinkindern zu.

Innere Rationalisierung, konzentrierter Einsatz aller Mitarbeiter sowie selbstlose Einsatzbereitschaft

des Klinikkollektivs trugen bei, ohne wesentlich größere finanzielle Aufwendungen die Anzahl der Operationen zu steigern. Zugleich konnte der im Jahre 1960 zur Durchführung einer Operation benötigte Arbeitsaufwand von 47 Stunden ein Jahr später um 10 Stunden und im Jahr 1970 um weitere 2 Stunden gesenkt werden. Das gesamte Kollektiv der Klinik ringt darum, die Wartelisten auf eine Operation zu verkürzen, das medizinische Personal ständig zu qualifizieren, die Arbeitsorganisation zu verbessern und den Personalmangel weitgehend auszugleichen.

Systematisch erarbeitete das Kollektiv um Prof. Herbst moderne Operationsmethoden und bestimmt mit den Operationserfolgen sowie den Ergebnissen in der Forschungsarbeit den Weltstand mit. Die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit der Moskauer Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie und dem Institut für experimentelle Thoraxchirurgie in Bratislava erweist sich für alle Beteiligten als vorteilhaft. So ist es in gemeinsamer Arbeit gelungen, Probleme einer verbesserten Durchblutung der Herzkranzgefäße und den damit verbundenen Einsatz der Herzlungsmaschine zu klären. Die Schockbehandlung nach Herzinfarkten ist ein weiteres Forschungsgebiet, das gemeinsam gelöst werden soll. Daraus resultierende Erkenntnisse werden an der Klinik in den täglichen Operationsproben einbezogen. Sie sind ein wesentlicher Faktor zur Senkung der Sterblichkeitskennziffer.

Gratulation zum 25jährigen Jubiläum



UZ-Porträt

„Ich kannte sie noch als junges Mädchen mit Zöpfen. Stets fleißig, zuverlässig und einsatzbereit gehört Frau Annelies Junghans seit 25 Jahren zu unseren Besten“, erzählte Genosse Hans Scheibe, Verwaltungsleiter der Universitätskinderklinik in der Oststraße.

Man kann sie zu den Aktivisten der ersten Stunde zählen, auch wenn es Zufall war, daß die geborene Liebeswollwästerin mit der Kinderklinik zu tun bekam. Nach Störmenthal mußten Kinder, die Tb-Rekonvaleszenten waren, aus der stark zerbombten Kinderklinik Leipzig verlegt werden. Aufopferungsvoll hat sich Frau Annelies in dieser schwe-

ren Zeit um die Kinder verdient gemacht.

1951 — nach Auflösung des Helmes — war sie dann beim Umzug in die Oststraße dabei. Schnell fand sie sich in den verschiedensten Verwaltungsbereichen zurecht, ihre Mitarbeiter schätzten sie, weil sie nicht nur gern half, sondern ein Ohr für die Probleme im Kollektiv hatte. Wen wundert es da, daß Frau Junghans schon seit 10 Jahren in der Abteilungsgewerkschaftsleitung arbeitet. Ihre Tätigkeit als SV-Hauptbevollmächtigte kann sie gut mit der Funktion in der Kommission „Sozialversicherung“ verbinden. Um jeden einzelnen kümmert sie sich, und wenn es nur eine kleine Freude ist, mit der Frau Annelies irgendwie helfen kann.

Am 6. September, dem Tag ihres 25jährigen Arbeitsjubiläums, wurde auch ihr Ehre zuteil. Das Kollektiv und die AGL dankten.

Eine stolze Bilanz im Interesse der Bürger

UZ: Zwei Legislaturperioden, Genossin Dr. Laux, üben Sie, gestützt auf das Vertrauen Ihrer Wähler, die verantwortungsvolle Tätigkeit einer Volksvertreterin aus. In welchem Gremium des Bezirkes Leipzig sind Sie wirksam geworden?

Genossin Dr. Laux: Ich war in der ersten Legislaturperiode, etwa vor 5 Jahren in der Kommission Gesundheitswesen als Nachfolgekandidat aufgestellt. In den letzten vier Jahren — seit der Gründung des Beschwerdeausschusses des Bezirkstages im Jahre 1968 — ist mein Arbeitsfeld als Abgeordnete dort.

Der Beschwerdeausschuß ist eine Form der sozialistischen Demokratie. Er übt Kontrolle über die Arbeit des Rates und seiner Organe und stärkt zugleich die Verantwortung

und die Rolle der örtlichen Volksvertretungen. Einfachher gesagt: Der Beschwerdeausschuß mit seinen neun Mitgliedern überprüft nach Hinweisen und Kritiken der Bürger, ob die Entscheidungen der verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre dem Gesetz entsprechend und zur Zufriedenheit der Bürger ausgeführt wurden. Sie sehen, daß damit den Bürgern ein höherer Rechtsschutz gewährt wird und die sozialistischen Rechtsnormen gewährleistet werden.

Das ist die eine Seite unserer Tätigkeit. Die andere besteht darin, daß alle Ausschußmitglieder mit den Vorsitzenden, Mitarbeitern und Sekretären der Beschwerdeausschüsse anderer Bezirke, und Kreistage im ständigen Erfahrungsaustausch stehen.

Sie werden denken, Entscheidungen sind doch durch unsere sozia-

UZ-Interview

mit Genossin Dr. Ursula Laux, Oberärztin und Abteilungsleiterin der neurologisch-psychiatrischen Ambulanz



listischen Gesetze abgesichert. Das stimmt. Aber leider haben wir noch allzuoft mit einem oberflächlichen und hartberzigen Verhalten und daraus sich ergebenden falschen Entscheidungen zu tun. Unser Ausschuß bildet in solchen Fällen Arbeitsgruppen, die sich auf der Rechtsgrundlage beraten lassen. Der gesamte Schriftwechsel wird eingesehen, danach Ortsbesichtigungen vorgenommen. Haben wir uns umfassend informiert und herausgefunden, wer im Recht ist, wird der Bürger, der die Beschwerde eingereicht hat, gleichzeitig auch derjenige, mit dessen Entscheidung man nicht zufrieden ist, eingeladen. Nicht selten kommt es dann vor, daß der Bürger erst durch unser Mitteln zu seinem Recht kommt.

UZ: Genosse Honecker legte auf dem VIII. Parteitag der SED zum oberflächlichen und hartberzigen Verhalten einiger Leiter Gedanken dar. In unserem Gespräch kamen Sie ebenfalls darauf zu sprechen. Gibt es in Ihrer Arbeit als Abgeordnete im Beschwerdeausschuß des

Bezirkstages Beispiele, die diese Feststellung belegen?

Genossin Dr. Laux: Ich will nur zwei Beispiele herausgreifen, die durch den Beschwerdeausschuß geklärt wurden. Aus dem Kreis Torgau kam von mehreren Bürgern eine Beschwerde auf unseren Tisch. Es handelte sich darum, daß Bürger ständig Lärm-, Staub- und Schmutzbelästigungen ausgesetzt waren. Ein Kombinatbetrieb verpestete das Wohngebiet. Die Eingaben an den Betrieb und an das Bezirksbauamt wurden in der Bearbeitung verzögert, die Hinweise der Bürger mißachtet. Der daraus entstandene Schriftwechsel war umfangreich, als wir ihn zur Lösung bekamen. Eine Ortsbesichtigung, das Urteil von Fachleuten und die Einhaltung der Gesetze half uns ein klares Urteil zu finden. Die Bürger waren im Recht, die Verantwortlichen erhielten eine Auflage zur Abstellung der Mängel. Nach einer Kontrolle konnten wir feststellen, daß die Bürger in ihrem Wohngebiet eine saubere Luft haben, der Lärm auch abge-

stellt war. Ähnlich gelagert war ein anderer Fall. In einer Neubausiedlung traten nach dem Einzug der Bürger durch die Offenhaltung Rauchbelästigungen auf. Die Verantwortung wurde von den zuständigen Stellen hin- und hergeschoben. Auch hier mußten wir den Verantwortlichen ernste Worte sagen und die Interessen der Bürger vertreten.

UZ: In Vorbereitung der Wahlen werden Sie noch viel zu tun haben. Welche unmittelbaren Aufgaben sehen Sie als Abgeordnete?

Genossin Dr. Laux: Nicht nur ich, alle Abgeordneten werden in den nächsten Wochen eine bedeutende Verpflichtung erfüllen: Rechenschaft geben vor der Bevölkerung. Dabei werden noch einmal die vier zurückliegenden Jahre gemeinsamen Wirkens aller Bürger mit uns Abgeordneten lebendig. Es wird eine stolze Bilanz sein, in der sich die sozialistische Demokratie widerspiegelt. Zugleich werden neue Ziele und Aufgaben ins Auge gefaßt.

Fotos: HFDG, Günther